



Amt der Tiroler Landesregierung

Tiroler Monitoringausschuss

**Servicestelle Gleichbehandlung und
Antidiskriminierung**

Mag. Cornelia Atalar

Telefon 0512/508-3291

Fax 0512/508-743295

servicestelle.gleichbehandlung@tirol.gv.at

An die Abteilung
Verfassungsdienst

verfassungsdienst@tirol.gv.at

Stellungnahme zu den Novellen Schulgesetze

Geschäftszahl – bei Antworten bitte angeben

GuA-6/42-2019

Innsbruck, 29.04.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tiroler Monitoring-Ausschuss gibt zur geplanten Novelle des Tiroler Schul-Organisations-Gesetzes 1991 folgende Stellungnahme ab:

In der geplanten Novelle steht eine Pflicht,
dass Sonder-Schulen errichtet werden müssen.
Diese Pflicht besteht unter anderem,
wenn es mindestens 30 betroffene Schul-Pflichtige gibt.

Andererseits müssen Sonder-Schulen geschlossen werden,
wenn unter anderem weniger als 7 Schul-Pflichtige
diese Schule besuchen.

Unser Ausschuss sieht diese geplante Regelung
sehr kritisch.

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen

mit Behinderungen sagt,
dass Sonder-Schulen gegen diese Rechte sind.
Eine Teilhabe von Kindern gibt es in der Sonder-Schule nicht.
Das steht in Artikel 7 und 24 der Konvention.
Deswegen sagt der Ausschuss,
dass Sonder-Schulen grundsätzlich abgebaut werden sollen.
Jedenfalls soll aber die Zahl der Schul-Pflichtigen erhöht werden,
ab wann eine Sonder-Schule errichtet werden soll.
Diese Zahl wurde aber hier nicht erhöht.
(Siehe Stellungnahme des Tiroler Monitoring-Ausschusses
Vom Dezember 2015)
Der richtige Weg führt nur über inklusive Schulen.
In dieser Novelle kann man dazu aber nichts lesen.
Das ist ein großer Mangel.

Außerdem steht in den Erläuternden Bemerkungen:
„Die Neuregelung der Auflassung von Volks-Schulen
wird zu vermehrten Schul-Schließungen führen.“
Das ist ein vollkommen falsches Signal.
Menschen wählen ihren Wohn-Ort unter anderem auch
nach der Schul-Situation für ihre Kinder aus.
Gerade Volks-Schüler sollen wohnort- und gemeinde-nah
in die Schule gehen können.
Gemeinde-nahe Strukturen sind eine Forderung
der UN-Konvention.
Die Menschen sollen in ihren Dörfern bleiben
und sich dort auch wohl fühlen.
Wichtige ist daher eine Dezentralisierung.
Die Strukturen müssen in den Dörfern erhalten bleiben.

(Dieser Text wurde in einer LL-Version geschrieben)

Mit freundlichen Grüßen

Mag.a Isolde Kafka